

Er scheint wöchentlich 2 Mal in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
die Expedition, Hobestraße 4.  
die Genossenschaftsbuchdruckerei, Zeigerstraße 44.  
H. Debel, Peterstraße 18.  
J. Müller, Bayerischestraße 8b, III.

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. pro Quartal,  
pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend pro Quartal 13 Sgr.  
Fiskalerepetitionen für die Vereinigten Staaten:  
H. A. Sörgel,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via Newyork.  
G. A. Bonacker,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 101.

Mittwoch, 18. Dezember.

1872.

Des Festes halber wird die Nr. 103 einen Tag früher als gewöhnlich, also bereits Montag, den 23., gedruckt werden. Für diese Nummer bestimmte Inserate müssen bis spätestens Montag früh 10 Uhr in Händen der Expedition sein.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1873 beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Wir ersuchen die verehrlichen Leser, das Abonnement auf das Blatt sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Der Preis des Blattes ist wie bisher per Quartal 12 1/2 Sgr. — wozu in Preußen noch der Zuschlag für den Zeitungstempel kommt — bei wöchentlichem zweimaligem Erscheinen.

Kreuzbandsendungen für Deutschland und Oesterreich kosten für 1 Exemplar per Quartal 25 Sgr., für die Schweiz 1 Thlr., für Frankreich, Belgien, England u. 1 Thlr. 8 Sgr. Zahlung pränumerando.

## Zur Einigung der deutschen Arbeiterpartei.

II.

Die Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beruht wie die des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins auf Centralisation; die Lokalvereine sind von den Mitgliedern der ersten Organisation als Nothbehelf gegen etwaige Hemmnisse durch die Vereinsgesetze gegründet und durch die Beschlüsse des Stuttgarter und Dresdener Congresses ausdrücklich als nicht zur Parteiorganisation gehörig erklärt worden. Zudem wird kein Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bloßer Organisationsbedenken wegen eine Einigung verhindern wollen. Organisationsfanatiker greift in ihr nicht. Das einzige erhebliche Bedenken bei der Organisationsfrage wäre: soll ein Einzelner oder ein Collegium an der Spitze stehen? Diese Frage ist theoretisch und auch praktisch schon dadurch entschieden, daß z. B. alle neueren Gewerkschaftskongresse die Ausschuss-Verwaltung eingeführt haben — eine Maßregel, die namentlich da, wo bisher getrennte Theile sich vereinigen, von größter Wichtigkeit ist, weil jeder Reibung von vornherein die Ursache benommen ist. Doch ist das eine Frage, die nur durch Mehrheitsbeschluß eines Congresses nach reiflichster Erwägung entschieden werden kann.

Der Streit um rein formelle Fragen kommt uns vor, wie jener der alten Christen im 4. oder der zwischen Reformirten und Lutheranern im 16. und 17. Jahrhundert. Die alten Christen waren in zwei feindliche Parteien gespalten, weil der eine Theil, die Arianer (Anhänger des Arius), behaupteten: Christus, als Gottes Sohn, sei Gott „ähnlich“, wohingegen die Athanasianer (Anhänger des Athanasius) behaupteten: Christus, als Gottes Sohn, sei Gott „gleich“. Diese Wortklauberei war die Ursache, daß zwischen beiden Parteien ein Jahrhunderte langer erbitterter Kampf entbrannte.

Im Reformationszeitalter war es nicht anders. Luther behauptete, bei dem Abendmahl verwandle die Hostie sich in den „wirklichen“ Leib Christi; Zwingli behauptete, sie sei nur das „Zeichen“ des Leibes Christi. Hierüber entbrannte ebenfalls ein grimmiger Kampf, und die angeblich „prinzipielle“ Spaltung ging so weit, daß Luther öffentlich erklärte, die Reformirten seien schlimmere Feinde der Lutheraner, als die Päpstlichen. Bekanntlich ist die sozialdemokratische Arbeiterpartei von Hrn. v. Schweiger u. A. ebenfalls als die „schlimmste Feindin der Arbeiter“ bezeichnet worden. Ganz lutherisch; nur mit dem Unterschied, daß Luther aus Fanatismus, Schweiger aber aus Berechnung handelte. Schweiger fanatisirte die Massen, um sie zu zersplittern. Den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sagt man beständig: „Eure Organisation ist Euer Kleinod“, und von Lassalle behauptet man gar, er habe auf dem Strohbett geäußert: „Haltet fest an der Organisation, sie wird euch zum Siege führen.“ Eingeweihte behaupten, dieser letztere Ausspruch sei eine Erfindung der Gräfin Hayfiedt, die sich bekanntlich als legitime Erbin des politischen Nachlasses Lassalle's gerirte; und wirklich wurde auch jahrelang in dem Streit zwischen ihr und Schweiger von den Anhängern der Gräfin denjenigen Schweiger's das angebliche Wort Lassalle's entgegengehalten, sie (die Gräfin) seien die „wahren Lassalleaner“.

Was den Anspruch selbst betrifft, so erscheint derselbe dem Schreiber dieses zu absurd, als daß er von Lassalle herrühren könnte. Dieser wußte besser wie viele Andere, daß die Organisation nur die Form sei, die man ändern und den jeweiligen Verhältnissen anpassen müsse. Das Festhalten an der Form führt zur Verkümmern, zur Sektirerei und Unübersichtlichkeit. Viele Staats- und Religionsbildungen sind durch starres Festhalten an der Form zu Grunde gegangen; eine revolutionäre Partei, wie die sozialdemokratische, kann und darf nicht an der Form hängen bleiben, wenn sie nicht schließlich reaktionär werden will.

Das Verwerfen von der Heiligkeit und Unantastbarkeit der Lassalle'schen Organisation wird zur leeren Wortklauberei gegenüber der Thatsache, daß bis jetzt noch keine Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins stattgefunden hat, ohne daß an der Organisation geändert worden wäre.

Lassalle war ein Gegner der Strikes und der Gewerkschaften. Gaben sich aber deshalb die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins abhalten lassen, Strike zu machen und Gewerkschaften zu gründen? Nach den Lassalle'schen Ansichten ist die Agitation für den Normalarbeitstag, Verbot der Kinderarbeit u. s. w. eine Thätigkeit, die von dem Hauptziel ablenkt und die Kräfte zersplittert. Hat das die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins veranlaßt, nicht dafür einzutreten? Der „Neue Sozialdemokrat“ forderte sogar kürzlich seine Parteigenossen auf, die Innehaltung der Bestimmungen des Gewerbegesetzes über Kinderarbeit u. s. w. streng zu kontrolliren, und wir sind ganz damit einverstanden. Man handelt eben wie die Verhältnisse es gebieten, und das ist das einzig Vernünftige.

Es ist uns unmöglich, in den Organisationen der beiden Fraktionen irgendwelches Hemmnis einer Vereinigung zu erblicken. Es braucht nur der ehrliche Wille von beiden Seiten vorhanden zu sein, und die Einigung macht sich funderleicht.

Wie soll diese zu Stande kommen? Auch hierüber wollen wir uns noch kurz aussprechen.

Der beste Weg wäre: Nach vorausgegangener Verständigung der beiden Parteien berufen die bekanntesten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktionen einen allgemeinen Congress der deutschen Sozialdemokraten mit der Tagesordnung: Einigung der beiden Fraktionen. Gleichzeitig beruft jede Fraktion ihre Parteigenossen gesondert auf 2 oder 3 Tage später an denselben Ort zu einer außerordentlichen Generalversammlung resp. einem außerordentlichen Congress, um Beschlüsse über etwaige Auflösung u. c. zu fassen.

Als Congressort würde sich vielleicht Halle a. d. Saale empfehlen. Halle liegt in der Mitte Deutschlands und ist bis jetzt von den Parteistreitigkeiten frei geblieben.

Der Congress müßte mit mindestens sechs wöchentlichter Frist einberufen werden, damit die Beschickung eine allgemeine würde.

Das Bureau des Congresses wäre zu gleichen Theilen aus den vertretenen Fraktionen zusammenzusetzen und könnte um die erste Präsidentenstelle zwischen den vorgeschlagenen Candidaten beider Fraktionen gelost und das Präsidium täglich gewechselt werden. Ueber Programm und Statuten hätte die Majorität des Congresses zu entscheiden. Nach erfolgter Einigung ginge das Eigenthum der verschiedenen Fraktionen in Eigenthum der Gesamtpartei über und stände unter Aufsicht und Verwaltung der Parteibehörden. Die Parteileitung würde aus Angehörigen der früheren beiden Fraktionen zusammengesetzt und könnte entfernt vom Erscheinungsort der Parteiorgane z. B. in Hamburg-Altona ihren Sitz haben, wo beide Fraktionen durch tüchtige Mitglieder vertreten sind.

Das wären die wesentlichsten und hauptsächlichsten Punkte, die wir unmaßgeblich vorschlagen wollen. Wir glauben bewiesen zu haben, daß weder prinzipielle noch formelle Bedenken vorhanden sind, welche die Vereinigung der beiden deutschen Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie hindern. Möge die deutsche Sozialdemokratie endlich zur Einsicht kommen; möge sie begreifen lernen, daß das Schauspiel, welches sie durch die innere Fehde gegenwärtig der Welt bietet, unwürdig ist ihrer selbst und der großen Principien, die sie vertritt. Möge überall, wo die Mitglieder der streitenden Fraktionen zusammenkommen, der Geist der Freundschaft und der Brüderlichkeit über sie kommen und mögen sie sich die Hände reichen zum Bunde gegen die gemeinsamen Feinde.

## Das Loos der Bergarbeiter.

Ueber die Verunglückungen bei dem Bergwerksbetrieb in Preußen während des Jahres 1871 liegt eine amtliche Zusammenstellung vor. Nach derselben waren im vorigen Jahre auf den unter der Aufsicht des Staates stehenden Bergwerken, Steinbrüchen und Aufbereitungsanstalten 213,156 Arbeiter beschäftigt, von welchen 562, also einer auf 379 Mann, durch Unglücksfälle zu Tode kamen. Das Verhältniß stellt sich gegen das Vorjahr, wo von 469 ein Arbeiter verunglückte, ungünstig, aber noch ungünstiger gegen das Jahr 1869, wo ein noch geringerer Prozentsatz von Unglücksfällen betroffen wurde. Die meisten Verluste haben die Werke in den Oberbergamts-Bezirken Breslau und Halle zu betragen. Es wurden öfter mehrere Menschenleben durch einzelne Unglücksfälle gleichzeitig gefährdet. Bei einem Unglücksfall verloren 13, bei einem 11, bei einem 10, bei einem 9, bei zwei 5, bei vier 4, bei drei 3 und bei vierzehn 2 Menschen das Leben.

Unter der Ueberschrift: „Der Tod im Schacht“ brachten wir in Nr. 93 d. Bl. einen Artikel, worin nachgewiesen wurde, daß in England im vorigen Jahre auf 345 Beschäftigte ein Getödteter, in Sachsen 1870 auf 383 Beschäftigte je ein Todter kam. Preußen und Sachsen halten sich also ziemlich die Waage. In Preußen und Sachsen sind rund 600 Menschen in einem Jahre in einem einzigen Industriezweig zu Gunsten der Kapitalistenklasse gemordet worden. Ueber die Zahl der Verwundeten in Preußen finden wir nichts; wollen wir aber annehmen, daß sie in demselben Verhältniß vorhanden sind wie in Sachsen, wo bei 13,410 Beschäftigten die enorme Zahl von 1902 sich herstellte — auf je 7 einer — dann ergibt sich für Preußen die Zahl von 29,481 (neunundzwanzigtausendvierhunderteinundachtzig Mann). Die blutigste Schlacht des deutsch-französischen Krieges hat eine ähnliche Menschenhekatombe nicht gekostet.

Und fragen wir nach dem materiellen Ersatz, der den unglücklichen Opfern unserer Industrie gewährt wurde, wer hat ihn geleistet? Die Arbeiter selbst. Die Arbeiter sind es, welche die Kosten getragen und bei allen Opfern, die sie gebracht, den Hinterlassenen der Getödteten, den Verwundeten, die auf kürzere oder längere Zeit, viele auch ganz unfähig zur Arbeit geworden sind,

doch nur ein jämmerliches Almosen bieten konnten. Die Herren Grubenbesitzer aber und Aktionäre liegen auf der Vorenhaut, füllen sich die Taschen mit den Dividenden, welche ihnen die Arbeiter geschaffen und schämen sich nicht, die Klingelbeutel in der ganzen Welt umhergehen zu lassen und Almosen zu erbeteln, wenn ein ganz besonderes großes Unglück — Pagan, Esen, Planenscher Grund — die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkt, damit sie ja nicht in Verlegenheit kommen, einen Theil ihres gesegneten Diebstahls herauszugeben zu müssen. Wol stehen die Minen und Bergwerke unter der Staatsaufsicht, aber wie diese gehandhabt wird, darüber kann man unter unsern Bergarbeitern gar lustige Geschichten erzählen hören.

Es ist das ewig alte und doch immer neue Lied: Staat und Bourgeoisie und Bourgeoisie und Staat sind beides gute Freunde, die einander nicht wehe thun. Laßt die „Canaille“ krepiren; sie ist die Citrone, die wir auspressen, und ist sie leer, dann fort zur Seite mit ihr!

Das erbärmlichste aber ist, daß die Arbeiter und speziell in diesem Falle die Bergarbeiter sich hunzen und hubeln lassen und nicht die geringste Anstrengung machen, daß auf ihnen lastende Joch einigermaßen abzuschütteln. Geduldig wie die Schafe treten sie am frühen Morgen oder am späten Abend ihre „Schicht“ an; arbeiten bis sie müde zum Zusammenbrechen sind ohne zu murren; gehen nach Hause, um zu schlafen, bis die Glode sie von Neuem ruft, ihr Tage- oder Nachtwerk zu beginnen. Aber Menschen zu sein, Menschen, die leben und sich des Lebens freuen, daran denken sie nicht.

Wann kommen unsere Bergarbeiter zur Vernunft? Fühlen sie denn gar nicht das Bedürfnis, sich zu vereinigen? Männer! rührt euch, rührt euch, oder ihr verdient, daß ihr zu Grunde geht!

Zur Bervollständigung des hier Gesagten diene folgende, dem „Crimmichauer Bürger- und Bauernfreund“ entlehnte, Notiz:

Zwickau, den 26. November. Der Aktienverein der Zwickauer Bürgergewerkschaft, die ihren Arbeitern einen Hungerlohn gibt, wie wir an einem Beispiele durch Zahlen nachweisen können, hat beschlossen, eine zweite Abschlagsdividende für jetziges Jahr mit vierzig Thalern auf jede Aktie auszugeben, wie wir einer Annonce des Directoriums entnehmen. Es lebe die beste der Welten! Die Aktienhaber füllen ihre Geldsäcke, während die Bergleute sich kaum in gebührender Weise den Wagen zu füllen vermögen. Wir fügen etwas ähnliches bei, was der „Dresdener Volksbote“ berichtet: „In der außerordentlichen Generalversammlung des Hainicher Steinlohn-Vereins wurde dem Antrag des Directoriums gemäß beschlossen, aus dem Reingewinn von 97,057 Thlr. an die Aktionäre eine Dividende von 35 Prozent pr. Aktie für das Geschäftsjahr 1872/1873 zu vertheilen, die vom 25. d. Mts. ab zur Auszahlung gelangt.“ (Und die armen Bergleute?)

## Politische Uebersicht.

Naiv. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt in ihrer letzten Sonnabendnummer, „mehrere große Fabrikanten und Handwerksmeister Berlins“ hätten in Folge der hohen Arbeitslöhne und des schwierigen Verkehrs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Berlin ihre Arbeitsstätten nach kleineren Städten verlegt, „wo die Ansprüche der Arbeiter viel mäßiger als hier (Berlin) sind. Namentlich solche Geschäfte sind nach außerhalb verlegt worden, deren Absatz im Großen erfolgt, und welche für die (Berliner) Niederlagen und Magazine arbeiten. Die Ueberbedelung anderer industrieller Unternehmungen nach kleineren Orten stellt in Aussicht. Es werden als Ueberbedelungsorte besonders Städte der Mark Brandenburg gewählt.“ So das gern in „Sozialismus und Arbeiterfreundlichkeit“ machende Leibblatt des Fürsten Bismarck. Offenbar soll diese Notiz ein Schreckschuß für die Sozialdemokraten sein. Nun, bei Schreckschüssen wird blind geladen, und das ist auch hier der Fall. Daß verschiedene Arbeitgeber ihre Etablissements aus Berlin in kleinere Ortschaften verlegen, das wollen wir gern glauben, und finden es sehr natürlich, da in kleineren Städten die Räumlichkeiten u. c. billiger zu haben sind. In England ist ein ähnliche „Auswanderung des Kapitals“ aus den großen Städten schon seit vielen Jahrzehnten zu beobachten, welche „Auswanderung“ indeß nicht verhindert, daß die Industrie sich immer mehr in Großstädten konzentriert, und Großstädte erzeugt. Die „Ansprüche der Arbeiter“ („hohe Arbeitslöhne und schwieriger Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern“) haben mit dieser Ueberbedelung aber absolut nichts zu thun; die betreffenden Arbeitgeber müßten denn noch in sehr kindlichen, um nicht zu sagen, kindischen Vorstellungen besangen sein, und vor einem Popanz, den sie selber sich angefertigt, die Flucht ergreifen. Die soziale Frage ist nicht an die großen Städte beschränkt; sie ist überall, wo es Kapitalisten und Lohnarbeiter gibt, und wenn es den Herren Arbeitgebern gesungen sollte, Ortschaften zu entdecken, wo sie noch nicht existirt, so sind es die Herren Arbeitgeber, welche die soziale Frage in diese patriarchalischen Erdenwinkel verpflanzen. Anfangs werden sie dort allerdings Arbeiter finden, die an der Lohnsklaverei Gefallen haben und sich freuen, wenn ihnen für ein paar Groschen mehr, als sie bisher verdienen konnten, von den eingewanderten „Wohltätern“ das Fell über die Ohren gezogen wird; das Blättchen wird sich jedoch schnell wenden, und zwar in so schneller, je zahlreicher und unternehmender die Herren Wohltäter sind. Wir wetten, es dauert kein halbes Jahr, so mache die beglückten Arbeiter der kleinsten Orte die großstädtischen „Ansprüche“. Statt uns einzuschüchtern, erfüllt uns also die Noth der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit innigem Behagen

und wir wollen nur hoffen, daß recht viele Arbeitgeber sich zu dieser wirksamsten Agitation für die Sozialdemokratie entschließen mögen.

**Kuriosum.** Nachdem Fürst Bismarck schon vor einigen Jahren die Entdeckung gemacht, daß wir, d. h. die Firma Stieber, Bismarck, Wagener, den Süddeutschen „zu liberal“ sind, hat die Bismarcksche „Schwarze Seele“, Graf Eulenburg neulich die preussischen Herrenhändler durch den Kauf überrascht, sie sollten der obgenannten Firma „auf die Bahnen der Freiheit“ folgen. Die Herrenhändler ertheilten auch keinen Korb: sie nahmen den berücksichtigten Kreisordnungsentwurf an und wandeln also jetzt auf den, vom Dreigestirn Stieber, Bismarck, Wagener beleuchteten „Bahnen der Freiheit.“

Fürst Bismarck, der aus den Händen des Staats für sich allein vierhalb Million Thaler genommen, hat den „Ostseeüber-schwemmten“ ein paar Hundert Thaler geschenkt, aber die „Hände des Staats“ fest verschlossen gehalten. Die Opfer der jüngsten Sturmfluth haben freilich das Land nicht mit drei „heiligen“ und nicht heiligen Kriegen in 8 Jahren beglückt. Ueberdies kosten die neuen Gewehre viel Geld — kurz, die „Milliarden“ sind für wichtigere Dinge nöthig, als das arme Volk zu unterstützen!

Was ist „liberal“? Graf Eulenburg, der preussische Minister des Innern, hat im Herrenhause, als er von dem Fürsten von Putbus, dem Grafen „nomine Brühl“ und andern Stützen des Erbgnadenenthums wegen der mangelhaften Staatsunterstützung für die Opfer der Sturmfluth vom 13. vorigen Monats und wegen der leidigen „Kreisordnung“ hart bedrängt wurde, Folgendes zur Antwort gegeben:

„Heute vor zehn Jahren empfing ich, damals mit zitternder Hand, meine Ernennung zum Minister des Innern; seitdem hatten wir 63 die polnische Erhebung, 64 den Krieg mit Dänemark, 66 den mit Oesterreich, 67 den Reichthum in Preußen und eine einjährige Diktaturperiode, um große und reiche Provinzen mit dem Staate zu verschmelzen, 70 den Krieg mit Frankreich, lauter Aufgaben, wie sie so groß und gewaltig kaum je ein Ministerium zu lösen hatte. Wir vermochten es nur, indem wir aus vollen, konservativen Gesinnung heraus nicht eine liberalisierende, wohl aber eine liberale, d. h. freisinnige Gesetzgebung ins Leben führten. Der große Baum, zu dem Preußen gewachsen ist, sproßt aus liberalen, aus freisinnigen Wurzeln; Gott hat ihn wachsen lassen; Gott wird auch über diese reife Frucht seine schützende Hand walten lassen. (Lebhafter Beifall.)“

Also auch Graf „Scholem nomine Brühl“ ist eine „liberale“ und „reife Frucht“, gleich dem ganzen preussischen Regierungssaparat. Seine Erzelung hat aber gleichwohl mit der Phrasen einen furchtbaren Bod geschossen; wenn nämlich eine Frucht „reif“ ist und nicht abgenommen wird, dann **faulst sie ab.** Ergo —

„Wir marschiren an der Spitze der Civilisation.“ Zur Illustration dieser vom heiligen Chassepot der heiligen Zündnadel vererbten Devise schreibt der Lilitier „Bürger- u. Bauernfreund“: „Lilit, den 3. Dezbr. Unser Landrath, Herr Schlenker, läßt auf Grund des neuen Kartellvertrags einen armen russischen Deserteur verfolgen. Wir wünschen dem Armen von Herzen, daß er schon ein gastlicheres Land erreicht haben möge, als das unsrige. Unter den civilisirten Ländern der Welt — Rußland ist ja nicht civilisirt — ist Preußen das einzige, welches politische Gefangene und Deserteure ausliefert. Sogar die Türkei hat sich der, wie schon gesagt, in allen civilisirten Staaten mit Ausnahme Preußens, herrschenden Sitze angeschlossen.“ So unser ostpreussischer Kollege, den wir bloß fragen möchten, warum er Rußland nicht unter die civilisirten Staaten rechnet? Wir dächten in dem, was man heutzutage „Civilisation“ nennt, d. h. die Kunst, Menschen zu Maschinen zu machen und fürs Todtschießen und Todtgeschossenwerden zu dressiren, nähme Rußland eine ziemlich hohe, neben Preußen gewiß die höchste Stellung ein.

Die Bourgeois-Kommunisten von Hainichen (in Sachsen) errichteten vor 2 Jahren auf Kosten der Steuerzahler, d. h. der Arbeiter, eine „höhere Schulabtheilung“ für die Arbeiterkinder. Dieser praktische Kommunismus ist natürlich nicht nach dem Geschma der steuerzahlenden Arbeiter, und die Vertreter der letzteren in Stadtverordnetenkolleg, welche sich jetzt in der Majorität befinden, haben das Geld für diese Schulabtheilung gestrichen. In Folge dessen hat der Bürgermeister von Hainichen nebst dem Stadtrath das Amt niederlegen zu wollen erklärt, und faheln die Herren Bourgeois von sozialdemokratischer „Bildungsfeindschaft“. Nun — wenn ihnen Spas macht, mögen sie es thun. Wir sind allerdings „Feinde“ einer „Bildung“, welche die Herren Bourgeois ihren Kindern auf Kosten der Arbeiter zukommen lassen, und die den Arbeiterkinder selbst vorenthalten wird. Die Arbeiterkinder haben die nämlichen Bildungsbedürfnisse wie die Bourgeois-Kinder; für beide gehören daher die nämlichen Bildungsanstalten. Eine Volksschule für Alle! Und diese Eine Volksschule eine Bildungsanstalt in des Wortes höchstem Sinn! So lange wir diese Volksschule nicht haben, sollen die Herren Bourgeois wenigstens den Arbeitern nicht zumuthen, ihnen eine aparte „höhere“ Schule zu bezahlen. Die Arbeiter müssen an die Herren Bourgeois schon genug Haare lassen. Ist den Herren Bourgeois die Schule, welche sie den Arbeitern für deren Geld eingerichtet haben, zu schlecht für ihre eignen Kinder, nun — so mögen sie aus eigener Tasche eine bessere bezahlen. Bloß Finger weg aus den Arbeitertaschen! Und den sozialdemokratischen Stadtverordneten anderer Städte rufen wir zu: „Sehet hin und thut dergleichen!“

Was sieht die Gegner erzählen. Ein Dresdener Korrespondent des Bismarckschen Leitblattes „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (Badewitz heißt der Mann — früher rabiatier Oesterreicher, „auch“ Demokrat, jetzt an der bekannten „Quelle“ sitzend) schreibt unterm 5. dieses Monats: „Bei den hiesigen, Anfangs dieser Woche stattgefundenen (!) Stadtverordnetenwahlen wurde der Präsident der zweiten Kammer, der Reichstagsabgeordnete Adv. Dr. Schaffrath nur als Ersatzmann gewählt. Ueberhaupt (!) zeigen die diesmahligen Stadtverordnetenwahlen mancherlei, durch ein ungesundes Parteilieben hervorgerufene Selbstamkeiten. In Grimnitz wurde zum erstenmale der Reichstagsabgeordnete Schrappe gewählt; man würde aber sehr irren, wollte man daraus auf eine Vermehrung des Einflusses der Sozialdemokraten schließen, denn in dem nicht allzuweit davon (wovon?) entfernten Stollberg, wofelbst deren Partei einst Liebknecht zum Siege verhalf, ist dieselbe dem Verlöbten nahe, und in dem noch näheren Zwickau wählte nur der siebente Theil der Wähler die alten Vertreter.“ Derselbige Badewitz erzählt in derselbigen Korrespondenz: „die Beurtheilung sozialdemokratischer Redakteure (Dachner, Moll) wegen Hoch- und Landesverrath nimmt ihren Fortgang.“ Wir verzichten darauf, dem Herrn Badewitz den Unterschied zwischen „Hoch- und Landesverrath“ und den landesüblichen „Majestätsbeleidigungen“ begreiflich zu machen; es dürfte das ein ebenso hoffnungsloses Beginnen sein, als ihn in die Geheimnisse der

deutschen Grammatik („Stattgesetzene Stadtverordnetenwahlen“ etc.) einzumischen. Genug, für solche Ränge, auf die sich sogar die bekannte lassalleche Definition nicht ohne Schmeichelei anwenden läßt, gibt man im neuen Reich der frommen Stieberseite alljährlich mindestens eine Million Thaler aus, während hunderttausende ehrlicher Arbeiter am Hungertuch nagen. Von den Stollberger und Zwickauer Freunden aber erwarten wir, daß sie dem sauberen Zuträger des Bismarckschen Denunziationsblattes in der möglichst wirksamsten Weise Lügen strafen — nämlich durch die That!

Am 30. November hielt der französische Heldengreis, dem die Krantjunker das Leben so saner machen, wie ungefähr die preussischen Fortschrittler einst Herrn von Wähler, wieder eine große Pause, in der er mit seinen Verdiensten um die „Ordnung“ — der Niederlartatschung der Strikes im Norden und den Kommunemassacres — zum so und sovielten Male prahlte. Es ist uns absolut unverständlich, was die „Demokratische Zeitung“ gemeint hat, indem sie, anlässlich dieser Thiers'schen Rede in Nr. 282) schrieb:

„Die Linde aller Schattirungen hatte sich durch die wohl berechneten (?) und meist auch ehrlich gemeinten Hiebe (?), welche Thiers dem Radikalismus und Sozialismus versetzte, nicht beirren lassen und wie ein Mann für den Regierungsantrag gestimmt u. s. w.“

Wir vermögen in der ganzen Rede auch nicht einen „Hieb“ herauszufinden.

Der Strike der Londoner Gasarbeiter dauert fort. Wie wir aus den englischen Blättern ersehen, waren es nicht Lohnstreitigkeiten, was zu dem Konflikt geführt hat, sondern die Maßregelung einiger Arbeiter durch die Gas-Kompagnien, welche nicht dulden wollen, daß ihre „Hände“ einer Gewerkschaft angehören. Jetzt suchen die Kompagnien sich mit ungelehrten Handlangern zu behelfen.

Da die Schwindelpreise der Kohlen nicht aufrecht zu erhalten sind, haben die Grubenbesitzer von Wales und von Fifehire (Schottland) beschlossen, ihren Arbeitern die Löhne um 10 Prozent zu kürzen, und zwar vom 1. Januar an. Die betreffende „Anzeige“ ist bereits erfolgt. Es ist nicht zu erwarten, daß die Arbeiter sich ruhig fügen werden; selbst der „Beehive“ hält einen allgemeinen Strike in Wales und Fifehire für wahrscheinlich. In Cleveland (England) haben die Vergarbeiter der Herren Boldow, Vaughan u. Co. die Arbeit eingestellt, weil die Eigenthümer gewöhnliche Handlanger in Beschäftigung nahmen, um die Löhne herabzubrühen. In Barnsley (England) sind alle mechanischen Webereien (eine einzige ausgenommen) mit zusammen 1600—1700 „Händen“ seit Sonnabend vor acht Tagen geschlossen. Die Arbeiter einer Fabrik forderten eine Lohnerhöhung, worauf die Meisterkoalition mit einem allgemeinen Lock out antwortete.

Die republikanische Schilderhebung in Spanien hat einen unerwarteten Umfang erlangt; der Telegraph meldet zwar Tag für Tag die Unterdrückung des Aufstandes, aber eine Depesche widerspricht der andern. Wie man am 7. v. Monats in Madrid die Dinge auffaßte, erbellt aus nachstehendem Artikel der „Emancipacion“ von jenem Datum: „Wir sind mitten in der Revolution. Was wir im Anfang für einen einfachen Putsch hielten, wie deren schon so viele von den Agitatoren des Föderalismus gemacht worden sind, müssen wir heute als eine ernsthafte, imposante Schilderhebung anerkennen. Andalusien, Valencia, Catalonien, ein Theil von Estremadura und einige Provinzen des Nordens stehen unter den Waffen und haben das Banner der Föderativ-Republik aufgepflanzt. In Malaga und Murcia ist das Blut der Arbeiter in Strömen geflossen;“ neue Helatomben haben dort von Neuem die völlige Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien zur Leitung einer Revolution bewiesen. Angesichts solcher Thatfachen können, dürfen wir nicht im Schweigen verharren; wir werden in klaren Worten unsere Gedanken ansprechen.“

Wir sind Männer der Revolution; durch die Revolution leben wir, für die Revolution arbeiten wir. Aber unsere Revolution ist die Revolution, gemacht durch und für die Arbeiter, und gerichtet, nicht gegen eine Regierung, nicht gegen eine bestimmte Staatsform, sondern gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie, unter welcher Form sie auch auftritt: monarchisch oder republikanisch, despotisch oder liberal. Wohlan — weder die Partei, welche zur gegenwärtigen Bewegung den Anstoß gegeben hat, noch ihr Banner, noch ihr Programm, noch die Männer, welche an der Spitze stehen und deren Anschauungen und Vorgesichte uns kein Geheimniß, bieten uns hinreichende Bürgschaften dafür, daß die Bewegung die Verhältnisse einer echten sozialen Revolution annehmen wird — einer Revolution zum Vortheil der arbeitenden Klasse.

Tropdem sind wir anzuerkennen gezwungen, daß die gegenwärtige republikanische Schilderhebung sich in wesentlichen Punkten von früheren Aufstandsbewegungen derselben Partei unterscheidet, und daß andere Elemente sich betheiligen. Nicht nur sind die Arbeiter massenhaft in die Bewegung eingetreten, sondern es haben sich ihr auch Parteigenossen von uns angeschlossen, in der Hoffnung, über die Köpfe der republikanischen Führer hinwegspringen und unsere Ideen verwirklichen zu können.

Wir bedauern, diesen Glauben nicht zu theilen. Allein ist es ein genügender Beweggrund, Männern, die unsere Brüder sind, und die sich heute für eine große und gerechte Sache schlagen, unsere Unterstützung, unsere Sympathien deshalb vorzuenthalten, weil sie sich unter ein Banner geschaart, das nicht das unsrige ist? Sicherlich nicht. Die falschen Puritaner, die stets eine Theorie bereit haben, um ihre Feigheit zu verhallen, mögen sagen was sie wollen: wir werden während des Kampfs mit unseren Brüdern sein, mit den tapfern Arbeitern, welche ihr Blut für die heilige Sache der Befreiung unserer Klasse vergießen — wir werden mit der Revolution sein. Ist der Kampf beendet, so werden wir mit unbefangener Strenge die rettenden Prinzipien und die Ziele der Internationalen Arbeiterassoziation zur Geltung bringen.“

Dies die Erklärung der „Emancipacion“. Wir haben das wichtige Aftenstück vollständig übersetzt, weil es die politische Stellung der durch die „Emancipacion“ vertretenen Mitglieder der Internationalen klar kennzeichnet gegenüber den Bakunin'schen Phrasenmachern, „die stets ein Theorie bereit haben, um ihre Feigheit zu verbergen.“

In wie weit die Situation sich seit dem 7. Dezember, dem Datum der Erklärung, geändert hat, sind wir, in Ermangelung späterer Nachrichten — die Regierungsdepeschen sind ebenso viele Münchhausenfabriken — außer Stand zu beurtheilen.

In den Vereinigten Staaten Amerikas wie in sämtlichen Län-

dern Europas hat die Presse der herrschenden Klassen, seit der Oeffnung des Haager Kongresses, nicht aufgehört eben so eifrig Partei für die Alliancisten als gegen die Internationalen zu ergreifen. Regierung und Polizei thun überall dasselbe. Ein neuestes Beispiel aus Italien!

Hier in Lodi gibt Enrico Bignami ein internationales Organ, „La Plebe“ (Das Volk), heraus, worin die Allianz bekämpft wird. Er hat neuerdings zwei große Verbrechen gegen jene Konspirationsgesellschaft wider die Internationalen begangen, erstens durch die Stiftung einer Sektion in der Niederlombardei, zweitens durch den Abdruck des letzten, allseitig von den Alliancisten angegriffenen Zirkulars des New-Yorker Generalraths — und die Regierung hat nichts eiliger zu thun, als unsren Freund zu verhaften! Doch lassen wir den königlichen Prokurator Verli selbst sprechen:

„Nach Einsicht von Seite 118 des Journals „La Plebe“ Nach Einsicht des an die Adresse des Bürgers Bignami gerichteten Zirkulars des Generalraths von New-York, welches als Leitartikel in „La Plebe“ veröffentlicht worden ist und Ideen und Pläne ausdrückt, entsprechend dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation, dessen Tendenz der Umsturz der jetzigen Gesellschaft durch Zerstörung aller bestehenden Institutionen ist.“

In Anbetracht, daß diese Prinzipien verdammt sind und das Journal „La Plebe“, welches sich republikanisch nennt, durch Veröffentlichung jenes Dokuments, worin jene Prinzipien offen eingestanden werden, ihnen anzuhängen und zur Erreichung derselben Zwecke mitzuwirken erklärt, wovon übrigens weiterer Beweis vorliegt in der durch sein eignes Organ angezeigten Stiftung einer Gesellschaft von Arbeitern und Bauern der Niederlombardei, deren Zentralsitz Lodi, deren Titel „Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation“ und deren Leiter Herr Bignami selbst ist;

Verordnet der königliche Prokurator:

1) die Konfiskation der besagten Nummer;  
2) selbe Nummer den bereits dem Infraktionsrichter überlieferten Akten zuzufügen zum Zweck der gerichtlichen Verfolgung eben besagten Herrn Bignami's, dieses Haupt's und Stifters der Assoziation, und der übrigen Mitglieder des Exekutivcomités;

3) den Bignami zu verhaften. Gezeichnet Verli, königlicher Prokurator.“

Balunin's Hauptagent bei Stiftung der Allianz in Italien und Spanien — Herr Fanelli, Mitglied der italienischen Deputirtenkammer, wird den Ministern Viktor Emanuel's seinen persönlichen Dank abstratten.

Wie, rufen Sie aus, ein Alliancist in einer Deputirtenkammer? Und jenseits der Alpen hat man nie davon gehört, daß besagter Fanelli existirt?

Aber erlauben Sie. In Italien haben die Arbeiter kein Stimmrecht, so daß sie sich der Betheiligung an den Deputirtenwahlen — auch ohne Befehl der Allianz — zu „enthalten“ haben. Herr Fanelli ist durch Bourgeois in die Kammer geschickt, und er sitzt da bei Leibe nicht um die bestehende Regierung zu bekämpfen — das wäre gegen die Dogmen der Allianz und könnte außerdem persönlich unangenehme Folgen nachziehen, teste Bebel und Liebknecht! Er sitzt da, um auf Staatskosten wider die Internationalen intrigieren zu können! Denn — erwägen Sie das wohl — unsere Deputirten genießen das Privilegium, von Rom nach allen Ecken Italiens zu reisen — auf Kosten des Budgets!

Es ist die neunundfünfzigste über „La Plebe“ verhängte Konfiskation! Sind die Alliancisten endlich zufriedengestellt? Außer Bignami sind verschiedene andre Mitglieder des Exekutivcomités unserer Sektion in Haft, in der That alle, denen es nicht gelang sich — unsichtbar zu machen!

**Zur Wahl Bebel's.**

Ein dresdener Korrespondent des „Leipziger Tageblatt“ stellt über die am 20. Januar im 17. sächsischen Wahlkreise vorzunehmende Reichstagswahl folgende Betrachtungen an: „Die im nächsten Monat in den Schönburgischen Rezherrschschaften vorzunehmende Reichstagswahl wird zeigen, ob dort die Gegner der Sozialdemokratie aus der Mührigkeit der letzteren etwas gelernt haben. Bei der letzten Wahl in diesem Bezirk hatte Bebel etwa 8000 Stimmen, und es ist wohl anzunehmen, daß von dessen Partei der letzte Mann zum Abstimmen getrieben worden war, da es galt, den verhassten Schulze-Deilichs aus dem Felde zu schlagen. Nun hat aber der Wahlkreis 20,000 Wähler, die Möglichkeit ist also ganz und gar nicht ausgeschlossen, einen andern Kandidaten durchzubringen, wenn die nöthige energische Agitation entwickelt wird und, anstatt 12,000 Wähler, wie es das letzte Mal der Fall gewesen, 18,000 ihre Stimme abgeben. In preussischen Bezirken hat eine solche rege Wahlbetheiligung schon öfters stattgefunden. Der Glauchauer Wahlkreis wird die Gelegenheit haben, diesem Beispiele nachzusehen. Wie wir hören, ist die Aufstellung eines Kandidaten erstlich ins Auge gefaßt, der nach Lage der Sache auf Seite der nichtföderalistischen Parteien die weiteste Aussicht auf Erfolg haben dürfte.“

Nach diesen Ausführungen dürfte unsern Parteigenossen im 17. sächsischen Wahlkreise ein Kampf nicht erspart bleiben. Thun die Wahlcomités, thut jeder einzelne Arbeiter aber seine Schuldigkeit, dann dürften die 6000 Stimmen, die der dresdener Korrespondent schon im Voraus für sich annektirt, auf unsern Freund Bebel fallen. Jeder Einzelne muß sich anerkennen, ob sein Name in der Wahl-liste eingetragen ist; die Indifferenten müssen aufgemuntert und die Furchtsamen ermutigt werden. Geschieht das, dann feiern wir einen glänzenden Sieg. Auf also zur Wahlagitation!

Unsern Hubertusburger Gefangenen Liebknecht und Bebel ist ein Besuch um Urlaub für Regelung dringender Geschäfts- und Familienangelegenheiten vom Justizminister abgeschlagen worden.

Konstantin Franz. Wir müssen auf diesen Gelehrten, dessen in Nr. 98 Erwähnung geschah, noch einmal zurückkommen, da unsere beregte Notiz an einer Lücke leidet. Franz hat die vielberufenen 200 Thaler — man rathe: für was? bekommen? Entweder angezettelte Intriguen? Für Schmähchriften? Für Handlangerdienste? Nein! Als Subvention zur Herausgabe eines staatswissenschaftlichen Werks. Und noch dazu von alten Freunden und Gesinnungsgenossen!

Es gehört die ganze Niedertracht gewerbdmässiger Ehrabschneider dazu, um diesen Mann, der für eine mehrmonatliche Arbeit eine Entschädigung nahm, die ein Bankdirektor für 8—14 Tage erhält, zu verdächtigen.

Mein offener Brief an Dr. Max Hirsch nebst Antwort und Rückantwort von E. A. Schramm. Abdruck aus der „Demokratischen Zeitung.“ Preis 1/2 Groschen. Es wird manchem unserer Leser willkommen sein, diese ursprünglich in der Berliner „Demo-

\*) Wir bitten die Hainichener Parteigenossen um einen detaillirten Bericht.

N. d. S.

Lodi, 8. Dezember.

\*) Ueber die dortigen Vorgänge fehlen noch alle Nachrichten.

kratischen Zeitung" erschienenen Schriftstücke sich in Broschürenform anschaffen zu können. Die publizistische Disputation wurde bekanntlich von E. A. Schramm eröffnet, der Herrn Hirsch klar zu machen suchte, daß, wer bis zum Kathedersozialismus gegangen sei, auch logischer Weise bis zum wirklichen Sozialismus gehen müsse, — eine Schlussfolgerung, die Herr Hirsch natürlich nicht anerkennen will. Kuriositätshalber sei erwähnt, daß Herr Hirsch, in einem nach Veröffentlichung der obigen Broschüre geschriebenen Brief an die „Demokratische Zeitung," sich des Verdienstes vindiziert, den Kathedersozialismus schon im Jahre 1865 entdeckt zu haben. Wovon bei Besprechung des Eisenacher Professoren-Kommerzes mehr!

## Das römische Programm.

Der aus Delegirten der italienischen Arbeiter- und sonstigen demokratischen Vereinen zusammengesetzte Kongress, welcher in der zweiten Hälfte des vorigen Monats zu Rom abgehalten wurde, und der italienischen Regierung eine so prächtige Gelegenheit gab, sich unsäglich zu blamiren, hat am 21. November folgende Resolutionen angenommen, welche das Programm der jungen italienischen Sozialdemokratie enthalten:

I. Die Versammlung erklärt, daß sie die folgenden Prinzipien verbreiten wird:

- 1) Volkssouveränität, die sich durch die Vertreter der Nation, gewählt durch allgemeines Stimmrecht, vereinigt in eine Constituante, deren Autorität immer nur von der Kollektivität ausgeht, kundzugeben hat.
- 2) Die soziale Republik ist die logischste, und den Interessen und der Wohlfahrt und der Größe der Nation angemessenste Regierung.
- 3) Eine Regierung, die nichts anderes ist als die Verwahrerin der ausübenden Macht, die ihr vom legislativen und souverainen Volk anvertraut ist.
- 4) Autonomie in der Verwaltung und der öffentlichen Sicherheit der Gemeinden und der Assoziation von Gemeinden.
- 5) Abschaffung des politischen Eides als öffentlichen Aktes.
- 6) Abschaffung der stehenden Heere und Organisation der bewaffneten Nation.
- 7) Wählbarkeit und Revocabilität der öffentlichen Beamten und aller Gerichtspersonen durch Volksabstimmung, und ihre persönliche Verantwortlichkeit vor den Gerichten.
- 8) Unverletzlichkeit der Wohnung und der Personen, vollkommene Freiheit der Versammlung, der Assoziation, der Presse, ausgenommen bei letzterer in Demjenigen, was persönliche Beleidigungen und die guten Sitten betrifft.
- 9) Abschaffung eines jeden Privilegiums.
- 10) Vollständige Emanzipation der Arbeit.
- 11) Die Arbeit einzige Quelle des Eigentums.
- 12) Ein System ökonomischen Lebens des Landes, welches, indem es die Theilbarkeit des Besitzes befördert, Handel und Industrie entwickelt, und zur größtmöglichen allgemeinen Wohlfahrt führt, indem es die Absorbierung des Nationalreichtums in der Hand Weniger bekämpft.
- 13) Assoziation der Arbeiter und der kleinen Besitzer zur sittlichen und materiellen Verbesserung der Klasse der Arbeiter und Bauern.
- 14) Abschaffung des öffentlichen Börsenspiels und der Lotterie, des Wuchers und illegitimen Kontrakte.
- 15) Aufhebung aller Steuern, und die Keinerung einer einzigen progressiven Steuer auf das Kapital.
- 16) Die Stellung der Frau und die Bedingungen der Familie sind durch natürlichere Gesetze über die Ehe zu verbessern.
- 17) Abschaffung der Todesstrafe und Reform des Strafsystems.
- 18) Absolute Gewissensfreiheit und Abschaffung eines jeden offiziellen Kultus.
- 19) Ausführung der Formel: Kein Recht ohne Pflicht, keine Pflicht ohne Recht.
- 20) Solidarität mit allen Völkern auf dem Wege des Fortschritts und der Freiheit.
- 21) In weiteren Prinzipien, welche der unbegrenzte demokratische, soziale Fortschritt anzeigen wird.

II. Die Versammlung, in Betracht, daß ein großer Theil der italienischen Demokratie sich bereits in Regional-Assoziationen konstituiert hat, die von den politischen und Arbeitergesellschaften der Region gebildet werden,

in Betracht, daß es nützlich und angemessen ist, nicht bloß diese Form der Organisation beizubehalten, sondern sie auf alle die Regionen auszudehnen, die sie noch nicht angenommen hätten, und auf die noch nicht assoziierten Gesellschaften Rücksicht nehmend,

in Betracht der Nothwendigkeit, diese Regional-Assoziationen unter einer gemeinsamen Leitung zu vereinigen, die allen eine gemeinsame Bewegung verleiht,

beschließt, daß ein permanentes Zentralkomitee zu beauftragen sei, die von dieser Versammlung aufgestellten Prinzipien zu befördern und in Ausführung zu bringen; dieses Komitee wird alljährlich dem Generalkongress, der in einer noch zu bestimmenden Stadt abgehalten wird, von seinem Wirken Rechnung ablegen.

III. Die Versammlung, deren Grundlage dessen gemäß, was feierlich angenommen worden, beschließt, sogleich zu der Ernennung eines provisorischen Komitees von fünfzehn Mitgliedern zu schreiten, welches innerhalb des Zeitraums von fünf Monaten von heute an:

- 1) Die Bildung der Assoziationen unter den freien Gesellschaften zu befördern hat.
- 2) Alle diejenigen Gesellschaften, die diesem Bündnis von Rom ihre Zustimmung erteilen, in so viele Gruppen theilt, wie sie den verschiedenen Regionen, und möglichst von gleicher Anzahl, entsprechen, die bereits bestehenden intact lassend, zu dem Zweck, um die Vertreter zu einer Generalversammlung ernennen zu können, welche das definitive Zentralkomitee ernennen wird, und die Interessen der Demokratie wahrzunehmen hat.
- 3) Ein Reglement für die politische und ökonomische Organisation dieses Komitees und seiner Verzweigungen aufzustellen.

IV. Da die Versammlung dem provisorischen Komitee die erforderlichen pekuniären Mittel verschaffen will, beschließt sie:

- 1) Daß alle Bürger, die zu den verschiedenen zustimmenden Gesellschaften gehören, für ein einziges Mal 10 Centimes ein Jeder beitragen.
- 2) Daß die Direktion dieser Gesellschaften für die Einzahlung sorgt.
- 3) Daß das provisorische Komitee der nächsten Generalversammlung von der einflussreichen Summe Rechnung ablegt.

V. Das provisorische Komitee ist gebildet von General Giuseppe Garibaldi, Ehrenpräsident, Federico Campanella, Alessandro Castellani, Eugenio Balzani, Aurelio Saffi, Maurizio Quadrio Ricciotti Garibaldi, Giuseppe Riffiori, Napoleone Barboni, Luigi Castellazzo, Giuseppe Generi, Finocchiaro Aprile, Alberto Mario, di Lorenzo, Menotti Garibaldi, Salvatore Battaglia.

Dies die Resolutionen. Eine detaillierte Kritik des Programms wäre hier nicht am Platz. Die meisten Punkte — verschiedene stimmen fast wörtlich mit Punkten des Eisenacher Programms überein — sind so klar, daß sie keiner Erläuterung bedürfen, zum Theil so selbstverständlich, daß ihre Aufnahme in ein Programm einigermaßen Wunder nehmen könnte, wenn dieses Programm nicht für praktische Agitationszwecke entworfen wäre. Die sozialistischen Forderungen sind unabweisbar etwas allgemein gehalten, indem liegt das in den italienischen Verhältnissen, die ökonomisch noch ziemlich primitiver (unentwickelter) Natur sind. Ja, einzelne Forderungen liegen sogar in direktem Widerspruch mit den sozialistischen Prin-

zipien, z. B. die unter Nr. 12 verlangte größere „Theilbarkeit des Besitzes". Der Sozialismus erstreckt im Gegentheil die Concentrirung des Besitzes in den Händen des Staats und der Gesellschaft, während gerade die Bourgeoisie es ist, welche — man nehme die Gesetzgebung der französischen Revolution — die „Theilbarkeit des Besitzes" als ökonomischen Grundsatz aufgestellt hat. Zu welchen Uebeln die „Theilbarkeit" führt, das zeigt, dächten wir, zur Genüge der traurige Zustand des französischen Parzellenbauernthums. Es scheint, daß man sich durch den Wunsch, den italienischen Bakunisten, die bekanntlich das „Kollektiveigentum" wollen, Opposition zu machen, zu dieser reaktionären Forderung hat verleiten lassen. So sehr wir diesen Hohlgriff mißbilligen, so können wir doch im Allgemeinen dem Programm unsere Sympathie nicht versagen, nur wollen wir hoffen, daß auf dem Boden desselben eine kräftige Bewegung erwachsen möge. Es ist dies um so mehr zu wünschen, als die bakunistischen Wählerreien, wenn unbelästigt, leicht zur politischen Fahmlegung des italienischen Proletariats hätten führen können. Daß Garibaldi die Ehrenpräsidentschaft der neuen Organisation übernommen hat, zeigt beiläufig, wie sehr sich jenes Berliner Blatt geirrt hat, das den „Einsiedler von Caprera" für die Bakunisten zu ammeliren und gegen die Majorität des Haager Kongresses auszuspielen versuchte.

Zum Schluß noch eine Frage an die Adresse der deutschen Staatsanwälte: Sind Ihre italienischen Herren Kollegen nicht moralische Hochverräther, wenigstens moralische Hochverräthers-Bereiber, daß sie, ohne die Hand zu Staats- und gesellschaftsretterischer That zu erheben, die Republik, ja die soziale Republik öffentlich als zu erstrebendes Ziel proklamiren lassen?

## „Die Verfälschung und Verschlechterung der Lebensmittel“)

ist der Titel und das Thema einer 8<sup>1/2</sup> Bogen (135 Seiten) starken Broschüre, die unser Parteigenosse Heinrich Vogel in Berlin soeben veröffentlicht hat, und die wir unseren Lesern auf das Wärmste empfehlen. Das Verdienst des, bei aller Wissenschaftlichkeit, durchaus populär gehaltenen Schriftchens ist ein dreifaches. Einmal erklärt es den Ernährungsprozeß (wir machen namentlich auf die Partie über das „allernothwendigste Nahrungsmittel," die Luft, welche zugleich auch das am allermeisten verfälschte Nahrungsmittel ist, aufmerksam) und gibt eine ebenso sachliche als überzeugende Anleitung zu einer natur- und folglich vernunftgemäßen Lebensweise. Zweitens werden die einzelnen Lebensmittel durchgegangen, und zuerst nach ihren Eigenschaften im unverfälschten, und dann im verfälschten Zustand geschilbert. Dabei stellt sich heraus, daß es auch nicht Ein Nahrungsmittel gibt, welches nicht von den gewinnlüchtigen und gewissenlosen Produzenten, Verkäufern und Unterverkäufern, oft in gesundheitschädlichster Weise, verfälscht und zwar systematisch, der Regel nach verfälscht wird. Wie die Verfälschung bewerkstelligt wird, worin ihre Wirkungen bestehen, wie der Laie, wenigstens in einzelnen Fällen, sich sicher stellen kann, ist in Jedem verständlicher Sprache dargelegt. Drittens endlich zeigt der Verfasser an dieser allgemeinen Verfälschung der Nahrungsmittel die Gemeinshädlichkeit der heutigen Gesellschaftsorganisation, welche die Gesundheit der Menschen dem Privatinteresse einer kleinen Minorität opfert. Von Seiten des Staats und der Gemeinden kann, auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung, allerdings dieser und jener Krämer, Fabrikant u. c., der die Verfälschung zu schamlos und unvorsichtig betreibt, zur Strafe gezogen, dann und wann ein Exempel statuirt werden; allein im Großen und Ganzen ist selbst die strengste Gesetzgebung und die drakonischste Handhabung der Gesetze ohnmächtig gegenüber einem massenhaft und allgemein auftretenden Uebel, das die nothwendige Wirkung einer allgemeinen Ursache der herrschenden Gesellschaftsgrundlage ist. Ohne die Ursache läßt sich die Wirkung nicht beseitigen, so eifrig man auch an den Auswüchsen herumzuschneiden mag. Der Krämer, Fabrikant u. c. ist nicht Krämer, Fabrikant u. c. aus Philanthropie, um seinen Mitmenschen zu nützen, sondern aus Eigennutz, um Geld zu verdienen. Möglichst billig einkaufen (resp. produziren) und möglichst theuer verkaufen: das ist seine Maxime; und da sich der Verkaufspreis in Folge der Konkurrenz nicht über eine bestimmte Höhe hinaustreiben läßt, so bleibt nichts anderes übrig, als den „Profit" aus der Qualität der Waaren herauszuschlagen. Das geschieht aber in zweifacher Weise: theils, indem man schlechtere Qualität statt der besseren liefert; theils, indem man fremdartige Substanzen der Waare beimischt, wobei es bloß darauf ankommt, daß diese fremdartigen Substanzen billiger sind als die ächten, und daß der Käufer die Beimischung nicht merkt. Ob die betreffende Substanz der Gesundheit nachtheilig, selbst geradezu giftig ist, das kommt nicht in Frage: um des Verkäufers Profit, nicht um des Käufers Wohlfahrt handelt es sich. „Doch das ist ja Betrug! Wo nicht Schlimmeres!" ruft vielleicht ein sonderbarer Schwärmer aus. Betrug — mit Worten, bloß Handel; erlaubtes, ehrliches Geschäft; wenn der Welt der Kaufleute zugleich Gott der Spigebuben ist (Merkur), so erbellt daraus noch lange nicht, daß die Kaufleute Spigebuben sind — zum mindesten rathen wir Niemand, es — zu sagen. Thatsache ist bloß, daß der Verkauf verschlechterter und verfälschter Waare fast ausnahmslos Praxis ist. Der einzelne Krämer mag dabei persönlich ein „ehrlicher" Mann sein, „das Geschäft" bringt diese Praxis eben mit sich. Wie die Produktion der heutigen Gesellschaft auf Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter beruht, so der Handel (die Vertheilung der Produkte) auf Ausbeutung und Plünderung des Publikums, und zwar fast ausschließlich des Proletariats, welches die billigsten Qualitäten in den kleinsten Quantitäten zu kaufen gezwungen ist, und die verfälschten Waaren, obendrein schlecht gewogen und gemessen (30 Loth Kaffee einzeln gekauft sind bekanntlich lange kein Pfund), hinzunehmen hat. Und wie die Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter in der Produktion nur durch Produktivgenossenschaften, so kann der Ausbeutung und Ausplünderung des Publikums im Handel nur durch Verzehrigenossenschaften gesteuert werden, — natürlich nicht durch die kleinen, zerschmetterten, aufgepöppelten Dinger, die man jetzt Konsumvereine nennt, sondern durch großartige, mit einander in Verbindung stehende, die gesammte Waarenvertheilung regelnde Verzehrigenossenschaften, welche den sozialistischen, die gesammte gesellschaftliche Produktion umfassenden Produktivgenossenschaften entsprechen.

Genug. Die Vogelsche Schrift enthält so viel des Nützlichen und Belchrenden, daß sich die Anschaffung für Jeden reichlich verlohnen wird. Jezenfalls sollte das Büchlein in keiner Vereinsbibliothek fehlen.

\*) Die Verfälschung und Verschlechterung der Lebensmittel. Ein Beitrag zur diätetischen und sozialen Reform von Heinrich Vogel, Apotheker, Schwelm und Leipzig. Verlag der Fr. Bortmann'schen Buchhandlung.

Bei Bezug von größeren Partien wird der auf 12 Groschen festgesetzte Preis wol etwas ermäßigt werden.

## Gewerkschaftliches.

**Internationale Gewerkschaft der Maler, Lackirer und Vergolder. Braunschweig, 13. Dezember.** Nachdem die Versendung der Statuten jetzt möglich geworden, fordern wir hiermit die Kollegen allerorts auf, sich mit etwaigen Auträgen an die unterzeichnete Adresse zu wenden. Kollegen! Laßt uns die herangeholte Ferienzeit in der Arbeit ausbeuten und benutzen, daß wir uns allenthalben organisiren, um endlich uns aus den traurigen Verhältnissen, in denen Fesseln die meisten Berufsgegenossen noch schmachten, zu befreien. Wahrlich, es wird Zeit, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln eintreten in den Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klasse. Kollegen, nochmals, laßt uns die Zeit benutzen, daß wir im Frühjahr in geschlossener Organisation den Ausbeutungsintrigen der Arbeitgeber ein Halt zurufen können. Im Verein mit Regensburg, dessen Fachverein der Maler sich der Genossenschaft angeschlossen hat, werden wir den Kollegen bereitwillig zur Seite stehen, um die Bildung von Mitgliedschaften zu ermöglichen. Deshalb sind alle Vorsteher von Lokal- und Fachvereinen gebeten, dieses ihren Kollegen zu unterbreiten und für Bildung von Mitgliedschaften zu wirken. Wir erwarten, daß Jeder seine Schuldigkeit thue.

Theodor Rosenkranz, Derenburg-Tweete 3.

**Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.**

An die Mitglieder! Die dritte Generalversammlung wird den ersten, zweiten und dritten Weihnachtstage in Weimar in den Räumen des Schießhauses stattfinden. Um nun so viel als möglich für Freiquartiere Sorge tragen zu können, bitten wir die Delegirten, sofort nach stattgefundenem Wahl sich bei Unterzeichnetem anmelden zu wollen.

Weimar, im Dezember 1872.

Für das Lokalcomité: C. Kettel jr., Schloßgasse.

An die Parteigenossen von Weimar, Apolda, Erfurt, Verfa a. J., Blankenhain, Buttstädt und Umgegend! Während der Weihnachtstage findet hier in den Räumen des Schießhauses eine Generalversammlung der internationalen Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter statt. Die Verhandlungen sind öffentlich und laden wir Euch zu recht zahlreichem Besuch derselben freundlichst ein.

Weimar, im Dezember 1872.

Das Lokalcomité. J. A.: C. Kettel jr.

## Correspondenzen.

**Leipzig, 11. Dezbr.** Der hier erscheinende „Correspondent für Buchdrucker und Schriftsetzer" schreibt: „Der Beschluß des Verbandsauschusses vom 10. Oktbr. ging bekanntlich dahin, seitens des Verbandes einen Normaltarif auszuarbeiten und denselben an den Vorsitzenden der Tarif-Kommission des Prinzipalvereins (damals A. Mahlau in Frankfurt a. M.) einzureichen. Auf die Anforderung des Präsidiums in Nr. 88 des „Correspondent" gingen überhaupt nur 12 Antworten ein. Unter diesen ein Antrag, von dem Normaltarif abzusehen. Diese geringe Theilnahme ließ uns schließen, daß man im Allgemeinen von einem Normaltarif nichts wissen wolle. Trotzdem glaubte das Präsidium im Interesse des Verbandes zu handeln, wenn es den nächsten Schritt versuchte, auf Grund einer bestimmten Vorlage die Entschieden aller Orte einzuholen. Inzwischen traten nun lokale Preisbewegungen ein: Leipzig (schon im Mai d. J. beantragt), Braunschweig, Schwerin, Wismar, Rostock, Lübeck, ferner wurde ein selbstständiger Tarif im Nieder-rheinischen Verbands aufgestellt. Diesen nach den Bestimmungen des Verbandsstatuts die Genehmigung zu verjagen, lag unter den obwaltenden Umständen keine Veranlassung vor, weil es ja dem Präsidium noch nicht bekannt war, ob man einen Normaltarif wolle oder nicht. Es gab nur einen Ausweg: hätten die Leipziger Prinzipale, die offenbar den „Heerd der Agitation" gegen den Verband bilden, sich auf Unterhandlungen eingelassen, so wäre es verhältnismäßig leicht gewesen, sämtliche Wünsche mit einander in Einklang zu bringen. Dieser Ausweg ist jedoch durch die bekannten Erklärungen jetzt abgeschnitten. Der Prinzipalverein erklärt öffentlich, daß er einen Kampf will, und es wird nun wol nichts Anderes übrig bleiben, als diesen Kampf aufzunehmen, selbstverständlich nur in denjenigen Orten, wo man sich mit den Beschläßen der Leipziger Prinzipale ausdrücklich einverstanden erklärt, vorausgesetzt, daß nicht in der letzten Stunde ein Enderständniß, wie es jeder verständige Mensch wünschen muß, erzielt wird. Wir bitten unsere Mitglieder, die obige Erklärung, wenigstens dem Sinne nach, in den ihnen zugänglichen Zeitungen zu veröffentlichen."

**Chemnitz.** In einer von den Mitgliedern des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" einberufenen und am 30. November abgehaltenen Volksversammlung wurde nachstehende, von einem Mitgliede genannten Vereins gestellte Resolution angenommen: „Die soziale Frage ist zu einer anerkannten Macht geworden. Vergebens suchen die gewalthabenden Klassen sie einzudämmen, vergebens versuchen die Apostel des laissez faire, des Gehenslassens, sie todzuschweigen. Und wenn zwei Großmächte, Preußen und Oesterreich, Konferenzen veranstalten zur Verhandlung über die soziale Frage, so ist dies die offene Anerkennung der Thatsache, daß die bisherige Handhabung der politischen Oekonomie gänzlich bankrott geworden ist."

„Es ist somit an der Zeit für das arbeitende Volk, frei und offen zu erklären, daß die bisherige Gesellschaftsordnung, die Herrschaft des Kapitals bis zu dem Grade sich entwickelt hat, daß sie jede sittliche staatliche Gemeinshaft unmöglich macht und nur im Sozialismus die Möglichkeit gegeben ist, die in Atome zerprengte, von der Konkurrenz, dem Krieg Aller gegen Alle, erfüllte Gesellschaft zu einem organischen Ganzen neu zu gestalten."

„Die Kapitalmacht hat bereits dem Kleinbürgerlichen Mittelstande sein Grab gegraben; sie hat das Verhältniß zwischen Arbeit und Kapital zu einem Verkauf der Waare Arbeitskraft entmenscht; sie hat die Produktion, insbesondere durch die Aktiengesellschaften, zu einem Börsenspiel gemacht, wobei hinter dem industriellen Fortschritt das Gespenst der Handelskrise steht, der allgemeine Bankrott der Unternehmer und die Hungernoth der Arbeiter; die Kapitalmacht beginnt bereits, sich des Grundbesitzes zu bemächtigen und denselben in den schwindelhaften Kreislauf der heutigen Produktionsweise hineinzuziehen."

„So hat denn die Kapitalmacht bereits die Bataillone des Proletariats organisiert; sie treibt durch die Schwankungen der Produktion die Arbeiter nothwendig zur Massenaktion, zum Klassen-

Kampf; sie ist durch die Umwälzung des Ackerbaues im Begriff, die Landarbeiter als Reserve der industriellen zu organisieren.

So sieht sich denn das arbeitende Volk in einen Prozeß hingezogen, der es zum Proletariat macht gegenüber dem allmächtigen Kapital, der ihm die Organisation zum Klassenkampf mit zwingender Notwendigkeit schafft. Und in der Erkenntnis dieser seiner Klassenlage, in der Erkenntnis, daß die heutige Produktionsweise der legalisierte Wucher und in sich haltlos ist, sieht das arbeitende Volk mit vollster Zufriedenheit dem Augenblicke entgegen, wo das Alte endlich zusammenbricht und die neue Revolution des vierten Standes die Idee der Arbeiterklasse zur herrschenden macht, dem Augenblicke, wo der wider seine sittliche Aufgabe erfassende Staat durch sein Eingreifen gemäß den Prinzipien der Sozialdemokratie (in der vorgelegten Fassung hieß es hier: „gemäß den Prinzipien des Sozialismus“) die sozialistische Produktionsassoziation der Arbeiter an Stelle der heutigen plantlosen, auf Ausbeutung beruhenden Produktion errichtet.

Im Hinblick auf dies geschichtlich notwendige Endziel erblickt das arbeitende Volk in allen kleineren Errungenschaften des Klassenkampfes, insbesondere im möglichst scharf begrenzten Normalarbeitstag (vorläufig 9 Stunden) eine Abschlagszahlung an die Arbeiterklasse, welche die Lohnarbeit nicht aufhebt, nur eine vorübergehende, wenn auch mit aller Kraft zu erstrebende Schutzwehr gegen das Kapital ist.

Im Uebrigen ist das arbeitende Volk völlig erfüllt von seiner geschichtlichen Aufgabe; es giebt sich ihr voll und ganz hin und fürchtet keine Art der gewaltthätigen Verfolgung.

Klar und deutlich sieht es sein Ziel vor sich, die Beseitigung der Lohnsklaverei und plantlosen Produktion und die Gründung der neuen Gesellschaft, in welcher die brüderliche Arbeiterassoziation Freiheit und Gleichheit einem jeden Menschen voll und ganz gewährleistet.

**Limbach bei Chemnitz, 9. Dez.** Trotzdem man uns gerne einreden möchte, daß die Arbeiterbewegung hierorts erloschen sei, so lehrt doch die Wirklichkeit das Gegentheil. Mag auch die Beteiligung an den Gewerkschaftsbestrebungen am hiesigen Ort mehr eine laue zu nennen sein, so beweist uns doch der Sieg der Arbeiter bei der Wahl, sowie der Auszug der am 8. November d. J. stattgefundenen Gemeinderathsergänzungswahl, daß die Arbeiter Limbachs nicht nur mit der Sozialdemokratie sympathisieren, sondern daß sie da, wo es gilt, auch thätig für dieselbe eintreten. Obgleich der aus Fabrikanten, Kaufleuten, Doktoren, Advokaten u. s. w. bestehende, „nur das Ortsinteresse im Auge habende“ „Ortsverein“ Alles aufbot, den Sieg im Wahlkampfe zu erringen, mußte er es doch erleben, daß die von den hiesigen Sozialdemokraten aufgestellten Kandidaten: der Buchdrucker Gerber und der Strumpfwirker Uhlmann gewählt wurden. Gerber erhielt 181 und Uhlmann 178 Stimmen; während die beiden Gegenkandidaten Kaufmann Feine und Advokat Pügger es nur auf 44 resp. 45 Stimmen brachten. Möchten doch alle Arbeiter begreifen, daß sie in jedem Falle über die Geldmenschen triumphieren müssen — wenn sie einig sind.

**Reichenbach i. S.** Der immer so friedliebende und scheinbar parteilose, nur an seinem lieben Gott und guten Fürsten sich labende, auch für dieselben erfurchtsooll schreibende, die christliche Nächstenliebe nach dem Grundsatze: Erst komm ich u. s. w. praktisch übende Wochen- bez. Amtsblatt-Redakteur ließ sich durch die Niederlage der Sozialdemokraten bei der Stadtverordnetenwahl folgendermaßen vernehmen: „Dieser eminente Sieg ist geeignet, das richtige Verhältnis wiederherzustellen.“ Demnach hatte ein Verhältniß existiert und alle Welt war begierig zu vernehmen, in welcher Weise ein solches stattgefunden und welche Antwort er mehreren Stadtverordneten geben würde, die ihn deshalb im zweiten Lokalblatt mit den Worten „er solle Beweise geben oder sie betrachteten sein Geschreibsel für Verläumdung“ interpellierten. Es fiel ihm aber nicht ein, mit Beweisen zu antworten, vielmehr zog er es vor, sich noch tiefer hinein zu wühlen, indem er schrieb: „Mit den sozialdemokratischen Grundfätzen, wie sie neuerdings zum Ausdruck gekommen, können weder eine Gemeinde noch ein Staat bestehen.“ Auch den eifrigsten Sozialdemokraten mußte schier der Verstand stehen bleiben; sie mußten von keinen Grundfätzen, die dem Ruin der Gemeinde und des Staates wollen, weshalb wohl auch mehrere Stadtverordnete im Bewußtsein ihres stets als Sparjankei, Verechtigkeits und Ordnung im städtischen Haushalt basirten Strebens kurzweg entgegneten: Gebt Beweise oder es bleibt eine Verläumdung. Seitdem hat man nichts mehr gehört. Wir möchten jedoch hier in dieser Platte noch eine Ruß zu machen geben. Wenn nun diese den vermeintlichen Ruin des Staates und der Gemeinde herbeiführenden sozialdemokratischen Grundfätze von einem Unparteiischen für moralisch begründet erklärt würden, müßten ja konsequenter Weise die heutigen Ordnungsmänner mit ihren Bestrebungen auf unmoralischer Grundlage sein und dies wäre ein prächtiger Todenschein für die alte Welt, ausgestellt von einem Mann der Ordnung. Wir wollen den Versuch machen.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei haben unter sich die Fragen des Ausschusses, bezüglich des Streites mit dem „Neuen Sozialdemokrat“, mit „Ja“ beantwortet und zwar aus folgenden Gründen: Sie haben sich zwar gefügt, daß das Verfahren des Ausschusses ein zweckloses und vergebliches sein wird, weil die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wider sich und ihre Prinzipien sein würden, wollten sie eine Vereinigung bewirken oder nur unterstützen. Allein für noch zweckloser und verwerflicher haben sie es gehalten, die Polemik mit dem „Neuen“ fortzusetzen und zwar einmal, weil dies vielen Lesern des „Volkstaat“ unangenehm, ja wir möchten sagen, ein Oruel ist, ferner weil diese Polemik zu etwas weiterem als zu Gehässigkeiten nicht geführt hat.

**Sainichen.** Wir machen den Parteigenossen hiermit bekannt, daß die Stadtverordnetenergänzungswahlen zu unseren Gunsten ausgefallen sind.

**Münchenberndorf, 7. Dez.** Die Reichstagswahl Liebnechts betreffend muß ich ergänzen, daß wir in unserm Kreise fast überall den Sieg über die Gegner davongetragen haben, sogar auf dem Lande. In Münchenberndorf selbst hatten wir von 185 abgegebenen Stimmen 152. Herr Fink aus Leipzig, der in unserm Kreise als Agitator amwesend war, hat viel dazu beigetragen, daß hier die Wahl eine befriedigende zu nennen war; aber Wunder hat es uns genommen, daß in unserm zweiten Kreise, wie Jena, Verfa, Blankenhein, Dornburg u. c. ein für uns so überaus unglückliches Resultat geliefert worden ist. Wir können nicht glauben, daß dies durch die Lauheit unser Agitationscomités für Thüringen verschuldet worden ist. Möge der Boden dort auch noch so hart sein für unsere Ideen, wir dürfen die Hoffnung doch nicht aufgeben, daß es mit der Zeit besser wird. Darum dürfen wir aber nicht lässig werden in dem Bestreben, der Sozialdemokratie immer neue Anhänger zu gewinnen; und ganz besonders muß darauf hingewirkt werden, daß bis zur nächsten Wahl die leider nicht zu leugnenden Fehler vermieden, und die Organisation

mehr als bislang eine streng einheitliche werde. Wenn jeder Ort auf eigene Faust thut und läßt, was er für gut hält, darf man sich über so klägliche Resultate nicht wundern. R. . . .

**Magdeburg, 6. Dez.** Da wir bis jetzt, aber vergeblich, auf die Konstituierung der Gewerkschafts-Union gewartet haben, so finden wir es für nöthig, dieselbe hiermit wieder anzulegen. Als zum Gewerkschafts-Kongreß aufgefodert wurde, da glaubten wir, daß es den Einberatern desselben voller Ernst war um die Sache. Aber schon das Protokoll des Erfurter Kongresses zeigt uns, wie die dort geschaffene Organisation einigen Personen nicht behagte, da vieles von der Vorlage dahin geändert wurde, daß früher oder später die Ansichten der Minorität zur Geltung kommen müssen. (Siehe das Erfurter Protokoll, Antrag Klees. Die Beseitigung der Vorortverwaltung als Exekutiv- und Kasserverwaltung um statt dessen als Sachausschuß fortzubestehen.) Und wir haben uns auch nicht getäuscht, denn man will nach unserem Dafürhalten, die dort geschaffene Organisation nicht ins Leben treten lassen, anders können wir uns sonst das Schweigen über diesen so wichtigen Punkt nicht erklären. Wenn auch, wie wir sehr gut wissen, die Leipziger Behörde das Statut beanstandete, warum wurde nicht eine dem Gesetz entsprechende Änderung desselben vorgenommen? Und warum wurde nicht versucht, wenn es in Leipzig unmöglich war, dem Statut an einem anderen Orte die gesetzliche Sanction zu erwirken? Soll denn der Kongreß ganz nutzlos gewesen sein? Haben die Arbeiter so viel Geld, um Kongresse zu besuchen, auf denen nichts geschaffen oder das dort Geschaffene vernachlässigt wird? Hat nicht jeder die Gewerkschafts-Union mit Freuden begrüßt, dem es Ernst war mit der Vereinigung aller Arbeiter zu einem großen Bunde, durch den der Kampf auf sozialem Gebiete organisiert und gefördert werden könnte. Wie wenig ist bisher für die Gewerkschafts-Bewegung von unserer Partei gethan, und man scheint zu beabsichtigen, noch weniger thun zu wollen. Und doch sind die Gewerkschaften unumgänglich notwendig zur Umänderung der heutigen Produktionsweise in genossenschaftliche Arbeit. Wir fordern deshalb alle Bevollmächtigten und insbesondere alle Delegirte des Erfurter Kongresses auf, ihre Stimmen zu erheben gegen das Todschweigen der Union; es muß mit aller Macht dahin gewirkt werden, daß das in Erfurt begonnene Werk zur Vollendung gelange. Ganz besonders aber haben alle Arbeiter ihre Bevollmächtigten, Vereinsvorstände und Delegirte dazu aufzufordern, daß diese wie wir im Volkstaat opponieren. Wir zählen auf Euch Arbeiter. Schließt Euch schnell und zahlreich unserm Protest an, wir werden thun, was in unseren Kräften steht, wenn Ihr unser Vorhaben unterstützt, und sollten wir selbst die nöthigen Schritte weiter thun. Im Auftrag der hiesigen Gewerkschaftsmitglieder:

**Smünd, 9. Dez.** Wie notwendig es ist, daß endlich einmal die Maschinenbauer sich einigen und Genossenschaften bilden, beweist nachstehender Fall, der mir in Leipzig passirt ist. Ich arbeitete vergangenen Sommer in der Nähmaschinenfabrik von Robert Kiehle, Turnersstraße No. 4 in Leipzig. In Ermangelung der Dampfkrast sah ich mich veranlaßt (ich bin Eisendreher und konnte die Anstrengung des Fußbetriebes der Drehbank gesundheitshalber nicht vertragen), mich nach einem andern Prinzipal umzusehen. In der Kiehleschen Nähmaschinenfabrik ist nie gekündigt worden. Ueberdies ist einem anderen Arbeiter derselben Arbeit, welche, wie ich bezugehen kann, vollständig gut und brauchbar war, von dem Werkführer Herrn Löschner in gerade nicht höflicher Weise wieder zurückgegeben worden. Der betroffene Arbeiter, der gern abziehen wollte, sah sich genöthigt seine Arbeit noch einmal durchzusehen, denn der Werkführer hatte ihn ja noch in der Gewalt. Endlich, als fast ein Tag vergangen, ließ sich der Werkführer Herr Löschner herab und zahlte dem auf diese Weise behandelten seinen rückständigen Allordlohn aus. Ich hatte mir nun, bevor ich Augenzeuge der erwähnten Scene war, vorgenommen, ausnahmsweise zu kündigen, denn wie oben bemerkt, hat Herr Löschner noch nie einen Arbeiter gekündigt, sondern, wenn ihm derselbe nicht mehr paßte, ihn einfach fortgeschickt. Nach diesem Vorfall, aus welchem ich erlah, daß ich ebenfalls der Laune und Willkür des Werkführers ausgesetzt war, änderte ich meine Ansicht und unterließ das Kündigen. Mir wurde am Sonnabend zufälliger Weise der ganze rückständige Allordlohn ausgezahlt. Ich sage zufälliger Weise, denn in der Kiehleschen Nähmaschinenfabrik ist die Anszahlung der Arbeitslöhne so eingerichtet, daß immer einige Thaler in der Hand des Fabrikanten bleiben. Ich hatte mich nun schon nach anderer Arbeit umgesehen, und zwar in einer größeren Maschinenfabrik Leipzigs. Durch Zufall hatte das Herr Löschner erfahren, und da er es auf mich abgesehen zu haben schien, so verkrümmerte er mir die Arbeit auf die ihm leicht gebotene Art und Weise, nämlich durch den Chemnitzer Maschinenbauerverband. Beide Prinzipale, Herr Rob. Kiehle und der Prinzipal der Maschinenfabrik, aus welcher ich entlassen werden mußte, gehören dem obengenannten Verbands an, und um sich nicht Unannehmlichkeiten auszufehen, sah ich mein Prinzipal genöthigt, mich zu entlassen. Dieser jedenfalls häufig vorkommenden Fall zeigt recht deutlich, wie notwendig es ist, daß wir in Gewerkschaften zusammenreten. Die Uebergriffe der Arbeitgeber werden dann seltener werden, da wir dann Alle für Einen und Einer für Alle einstehen können.

**Briefkasten:** Der Expedient: Lippmann für Kalender 4 1/2 Gr. — Heigl in Rottenburg für Schriften 3 Thlr. — Schuhmacher in Ehrenfels für Schriften 8 Gr. — Verhardt in Ludwigsfelde für Schriften 1 Thlr. 11 Gr. — Schmitz in Berlin für Annonce 16 Gr. — Kettel in Weimar für Schriften 3 Thlr. — Herpfer in Fürth für Schriften 10 Thlr.

Der Redaktion: E. in L.: Es ist Alles in Ordnung, der Schluß (III.) des Artikels ist da. — J. in Hof: die Schreibensstellung besorgt die Expedition; Ihre weiteren Mittheilungen sind nach Hamburg gesandt, gut würden Sie aber thun, wenn Sie auch die Redaktion des „Criminellenbürger- und Bauernfreund“ benachrichtigen. — S. in E.: Rein. — E. in B.: Die Fortsetzung der Artikel: „Sozialdemagogisches“ kann erst Mitte des nächsten Monats geliefert werden; der im Ausland weilende Verfasser benachrichtigte uns, daß er eine mehrwöchentliche Reise antreten habe, die ihm jetzt keine Zeit zur Verabreichung der Arbeit lasse. — Drn. Cigler in Berlin: Lesen Sie das Vorstehende. Ihr Brief ist dem Verfasser des Artikels, den berichtigen zu wollen Sie sich unterfangen, zugesandt worden, mit der Bitte um möglichst rasche Abfertigung, und daß diese Ihnen wird, dessen dürfen Sie versichert sein.

**Fond für politische Gemäßigtere.** Von Nauert d. Hadlich 11 Thlr. 6 Gr. 1 Pf. Von Gefinnungsgenossen in Finsterwalde 1 Thlr. 14 Gr. 5 Pf.

**Anzeigen u. Anzeiger.** Bei vorliegendem Bedarf von **Bollenmaaren**, als Ober- und Unterziehhäuten, Unterziehhosen, Fanzons, Seelenwärmer und dergleichen, bitte ich um glatte Berücksichtigung. Mit sozialdemokratischem Gruß Apolda. (\*) E. A. Reichelt, Neuenwischstraße

**Mugsburg.** **Sozialdemokratischer Verein.** Sonntag, den 28. Dezember 1872, Abends 8 Uhr, in der Schützenhalle (Wintergasse) **Weihnachtsbesprechung** mit Musik, Gesang und Vorträgen. Die Mitglieder wollen die Eintrittskarten für sich und ihre Freunde Samstag, den 21. Dezember in Empfang nehmen. An der Kasse werden keine Billette abgegeben. Der Ausschuß. J. A.: Georg Reumann, J. J. Schriftführer des Vereins.

**Berlin.** Die Parteimitglieder versammeln sich jeden Sonntag Nachmittags in **Scheibn's Lokal**, Münzstr. 5, zur gemüthlichen Zusammenkunft. — „Volkstaat“ und „Demokratische Zeitung“ liegen aus.

**Cöln.** **Sozialdemokratischer Arbeiterverein.** Jeden Dienstag Abend halb 9 Uhr Versammlung im Lokal des Herrn Wülfers, Thibelsgasse 102. Das Comité.

**Cöln.** **Sozialdemokratische Arbeiterpartei.** Sonntag, den 22. Dezember, Morgens halb 11 Uhr, Versammlung im Lokal des Herrn Wülfers, Thibelsgasse 102. Tagesordnung: 1) Bericht der Kommission über die Filialexpeditionen 2) Wahl eines Agitationscomités, 3) Vortrag über F. Lassalle und dessen Bestrebungen bezüglich des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“. NB. Die Parteigenossen werden hiermit ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. J. Gsch. Vertrauensmann.

**Dresden.** **Bekanntmachung.** Alle Parteigenossen und Freunde unserer Bestrebungen in denjenigen Orten, Städten u. c., wo Volkssammlungen stattfinden sollen, werden ersucht, sich zu diesem Behufe in Bezug der Referenzen u. s. w. an Bürger Joh. Klemp, Wiesenhofstraße 16, 4. Et. zu wenden. Das Agitations-Comité.

**Esslingen.** Nächsten Sonntag Abend Zusammenkunft bei Mann, Wirth, Oberthor.

**Leipzig.** **Gewerkschaft der Holzarbeiter.** Sektion der Tischler und Pianofortearbeiter. Sonnabend, den 21. Dezember, Versammlung bei Seidler, gr. Winkelmühlstraße 7. NB. Diejenigen Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch im Rückstande sind, werden ersucht, dieselben in Ordnung zu bringen.

**Arbeitertag für Hessen-Nassau und die angrenzenden Landestheile zu Marburg.** am 28. und 29. Dezember d. J.

Tagesordnung: 1. Gründung eines Landesagitationscomités. 2. Die Lage des industriellen Arbeiterhandes. 3. Die Lage des ländlichen Arbeiterhandes. Sonnabend den 28. Nachmittags Empfang der Delegirten am Waldhof. Das Localcomité wird an rothen Schößen erkanntlich sein. Abends halb 8 Uhr Vordersammlung im Brinkmann'schen Lokal. Sonntag, den 29. Vormittags halb 11 Uhr geschlossene Sitzung. Nachmittags halb 4 Uhr Volkssammlung. NB. Anträge und Wünsche zur Tagesordnung sind bis zum 26. d. M. an den Unterzeichneten einzusenden. Ebenso wollen diejenigen, welche Referat zur Tagesordnung übernehmen wollen, dies dem Localcomité bekannt geben.

Wir ersuchen die Parteigenossen genannter Landestheile durch zahlreiche Besichtigung des Arbeitertages der Deffentlichkeit und unserm Gernsten zu zeigen, daß es uns Ernst ist mit der Emanzipation der arbeitenden Klasse.

Also Parteigenossen! Auf nach Marburg!! Im Auftrag: B. G. Schneider, 1. Vorsitzender des Localcomités Marburg (Straße) Hirschberg 257.

**Anfrage.** Ist die poetische Ader unserer Parteigenossen Otto-Walfer verstorben oder bleibt „Am Wehnhil der Zeit“ unvollendet? Ein Abonnent, der das Geld für die ersten 3 Lieferungen nicht umsonst ausgegeben haben möchte.

Soeben erschien im Verlage von J. G. Born in Ebersfeld **Das Bundeslied** des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, gedichtet von G. Herwegh, illustriert von E. Klein. Höhe: 55 Centimeter, Breite: 42 Centimeter. Preis: 10 Silbergroschen. 12 Exemplare zusammen bezogen: 3 Thlr. Gegen Franks-Einsendung des Betrages wird den geehrten Abnehmern das Blatt sofort per Post zugelandt werden.

Zu Weihnachtsgeschenken eignen sich die Tassen und Bierseidel mit den Photographien von Liebknecht, Bebel u. c. (Tablcau) à 22 1/2 Gr. Verpackung 3 Gr. Bestellungen hierauf nimmt entgegen W. Fink, Poststraße 4.

Durch die Buchhandlung des „Volkstaat“ ist die im Berlin der „Demokratischen Zeitung“ in Berlin erschienene Schrift zu beziehen: **Rein offener Brief an Dr. Max Hirsch** nebst Antwort und Rückantwort von E. A. Schramm. Preis à 1 1/2 Gr.

Den Parteigenossen biete ich an: B. Becker, der alte und der neue Jesuitismus. 2. Aufl. 20 Silb. 2 Thlr., einzeln (Porto 8 Pf.) 4 Rgr. B. Becker, Briefe deutscher Vorkämpfer. 1. Hf. à Hf. 7 1/2 Rgr. B. Brack jr., der Braunschweiger Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eßen und vor dem Gericht, mit Gruppenbild. 6 Silb. 2 Thlr., einzeln (Porto 9 Pf.) 12 1/2 Rgr. Gruppenbild aus vorstehendem Werke, ausgezeichnet, 13 Portraits haltend. 13 Silb. 1 Thlr., einzeln (Porto 1 Rgr.) 3 Rgr. Gufarenbrodprozess gegen den Braunschweiger Volksefreund. 30 Silb. 1 Thlr., einzeln (Porto 4 Pf.) 1 1/2 Rgr. Antihlabbuch, Gedicht. 100 Stück (Porto 3 Rgr.) 20 Rgr., einzeln 6 Pf. (Porto bis 12 Stück 4 Pf.).

Bericht des Pöndener Generalrats an den Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation im Haag. 100 Stück (Porto 3 Rgr.) 1 Thlr. einzeln 6 Pf. (Porto bis 8 Stück 4 Pf.). Lassalle, Arbeitersebuch. 20 Stück 1 Thlr. 15 Rgr., einzeln (Porto 8 Pf.) 3 Rgr. Lassalle, Erwiderung (neu). 30 Stück 1 Thlr., einzeln (Porto 4 Pf.) 1 1/2 Rgr. Die sämtlichen Sachen bedürfen keiner Empfehlung. Auch die Abtheilung sozialistischer Schriften halte ich auf Lager. Man wende sich an die Expedition des „Braunschweiger Volksefreund“ Neuenstraße 23, oder an W. Brack jr., Braunschweig.

**Die Filialexpeditionen** werden nach § 4 des Reglements ersucht, die Abonnementsbeträge bis 1. Januar l. Js. einzusenden. Der Erlös aus verkauften Kalendern und sonstigen Schriften ist ebenfalls bis längstens 1. Januar 1873 einzusenden. Die Expedition des „Volkstaat.“ Leipzig: Verantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei